

6. November 2018

Konjunkturmonitor des LBBW Research:

Baden-Württembergs Konjunktur kühlt sich etwas ab

Das LBBW Research sieht die Südwestwirtschaft vor einem kleinen Dämpfer. 2019 soll das reale Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg um 2,1 Prozent wachsen. Für das laufende Jahr rechnen die Analysten mit einem Plus von 2,2 Prozent.

Angesichts der Handelsstreitigkeiten der USA, dem drohenden „Hard Brexit“, der umstrittenen italienischen Haushaltspolitik und nicht zuletzt dem Dieselskandal kühle die ausgeprägte Hochkonjunktur gerade etwas ab, urteilt Uwe Burkert, Chefvolkswirt der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Die derzeit immensen Unsicherheiten würden die Prognose überdies extrem erschweren, fügt er hinzu und schließt daher eine schwächere Entwicklung nicht aus.

Mit mehr als 2 Prozent Wirtschaftswachstum wäre Baden-Württemberg 2019 weiterhin eine der Wachstumslokomotiven der Bundesrepublik. Allerdings hat die Wirtschaft im Verlauf dieses Jahres nach Beobachtung der Analysten bereits deutlich an Schwung verloren. Frühindikatoren wie der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe zeigen, dass die nachlassende Dynamik mindestens bis Jahresende andauern könnte. Die Inlandsumsätze waren zuletzt bereits rückläufig, während sie im Auslandsgeschäft

etwas langsamer zulegen. Der Arbeitsmarkt präsentiert sich demgegenüber in einer guten Verfassung. In Baden-Württemberg herrsche Vollbeschäftigung mit akutem Facharbeitermangel, so das LBBW Research.

Sorgen bereiten den Analysten vielmehr der Handelsstreit mit den USA und der drohende Hard Brexit. Baden-Württemberg ist das am stärksten exportorientierte Bundesland nach Hamburg, das wegen des Hafens eine Sonderrolle hat. In Baden-Württemberg werden 60 Cent pro Euro im Export verdient. Entsprechend empfindlich reagieren die Unternehmen auf protektionistische Maßnahmen. Die LBBW-Analysten erwarten jedoch, dass die USA und China noch vor Jahresfrist ihren Handelszwist beilegen. Der Waffenstillstand mit der EU und die Einigung mit Mexiko und Kanada zeige, dass US-Präsident Donald Trump kein Interesse an einem Handelskrieg habe. Auf eine Verhandlungslösung setzen sie zudem beim Austritt Großbritanniens aus der EU. Am wahrscheinlichsten sei, dass sich beide Parteien kurz vor dem Brexit auf eine zweijährige Übergangsperiode einigen, die Zeit zum Abschluss eines Freihandelsabkommens lässt, prognostizieren die LBBW-Analysten.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die Digitalisierung, die die Unternehmen gerade zu stemmen haben. „Wir sind angesichts der Vielzahl an konzertierten Anstrengungen und Projekten optimistisch, dass Baden-Württemberg weiter eine digitale Vorreiterregion bleiben wird“, urteilt Uwe Burkert. „Allerdings muss das Land in Sachen Breitbandausbau und Bildungspolitik noch nachlegen, damit langfristig die digitale Vorreiterrolle bestehen bleibt.“ In keiner anderen Region in Deutschland sieht das LBBW Research einen so hohen Anteil an Arbeitsplätzen, die von der „Wirtschaft 4.0“ betroffen sind. Der hohen Zahl durch die Digitalisierung wegfallender Stellen stehe aber eine fast ebenso hohe Zahl neu geschaffener Stellen entgegen, heißt es im aktuellen Konjunkturmonitor. Für den langfristigen Erfolg sei es

wichtig, dass Staat, Unternehmen und Arbeitnehmer gemeinsam daran arbeiteten, die Digitalisierung voranzutreiben.

Die Studie „Konjunkturmonitor Baden-Württemberg“ des LBBW Research fasst regelmäßig die wesentlichen Konjunkturdaten des Landes übersichtlich zusammen, untersucht die Ursachen und prognostiziert die künftige Entwicklung.